

AntragstellerInnen: Karl-Heinz Karch, Renate Domnick, Paul Nellen, Katja Husen (KV HH-Mitte), Peter Schwanewilms, Aram Ockert (KV HH-Altona)

Solidarität mit Seyran Ates

Die Berliner Frauenrechtlerin und Juristin Seyran Ates hat vor kurzem ihr Buch - „Der Islam braucht eine sexuelle Revolution – Eine Streitschrift“ veröffentlicht, in dem sie sich kritisch mit der in islamisch geprägten Ländern weit verbreiteten Zwangsverheiratung, arrangierten Ehe, dem „Jungfrauenwahn“, der Unterdrückung von Homosexualität, der Geschlechtertrennung, der „religiösen Sittenpolizei“ und dem Schleierzwang auseinandersetzt und eine „Epoche der Aufklärung“ für den Islam einfordert.

Seyran Ates hat sich mit ihrer Familie nun komplett aus der Öffentlichkeit zurück gezogen und ihre Kanzlei geschlossen, da sie nach Angaben ihres Verlages zum wiederholten Male anonym mit Mord bedroht wird.

Gewaltbereite Fanatiker wollen eine kritische Stimme zum Schweigen bringen. Dem können wir nicht untätig zusehen!

Wir meinten es ernst, als wir im Mai diesen Jahres in unserem Bundestagswahlprogramm unter der Überschrift „Islam gleichstellen – Islam integrieren“ schrieben:

„Von allen religiösen Organisationen, die eine vertiefte Kooperation mit dem Staat anstreben, erwarten wir, dass sie sich für die Verwirklichung der Menschenrechte einsetzen. Wir begreifen die islamischen Organisationen schon jetzt als Teil der deutschen Zivilgesellschaft und verbinden unsere Unterstützung für die Gleichberechtigung mit Erwartungen an die gesellschaftliche Verantwortung der Verbände und Vereine. Wir erwarten von ihnen ein aktives Eintreten für die Religionsfreiheit von Nichtmuslimen, für die Freiheit des Religionswechsels und für volle Selbstbestimmungsrechte der Frauen. Wer eine Frau oder ein Mädchen unter Druck setzt, dass sie ein Kopftuch oder bestimmte Kleidung trägt oder nicht trägt, verletzt ihr Recht auf Selbstbestimmung. Ebenso zählt zur Integration ein aktives Eintreten gegen Antisemitismus sowie die Verurteilung der Diskriminierung und Gewalt gegen Homosexuelle. Wir unterstützen auch Kräfte innerhalb aller Religionsgemeinschaften, die sich diesem Anliegen widmen.“

Für diese Werte tritt Frau Ates in ihrem öffentlichen Handeln seit vielen Jahren ein.,

Die Landesmitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen/GAL Hamburg erklärt deshalb:

- Als streitbare Kämpferin für Frauenrechte und Integration hat Frau Ates unsere Solidarität und ihre Familie unser Mitgefühl, auch wenn sie anlässlich der Bundestagswahl 2009 erklärte, dass sie Bündnis 90/Die Grünen nicht wählen werde, da sie dort „den meisten Kopftuchträgerinnen und VerteidigerInnen des Kopftuchs, den meisten Kulturrelativisten und Multikulturalisten“ begegnet.
- Religionsfreiheit umfasst auch die Freiheit, Religionen zu kritisieren, um ihre Entwicklung voranzutreiben und ihre Integration in der Gesellschaft zu ermöglichen.
- Der Landesvorstand und die Bürgerschaftsfraktion der GAL Hamburg sowie die Grünen Senatsmitglieder werden gebeten, bei den zur Zeit laufenden Verhandlungen mit den islamischen Verbänden über einen Staatsvertrag von diesen Verbänden eine eindeutige Distanzierung von Gewaltandrohung und -anwendung gegenüber Seyran Ates und anderen KritikerInnen des Islams einzufordern. Wer KritikerInnen bedroht, dem muss deutlich gemacht werden, dass er alleine und sowohl außerhalb der demokratisch-zivilisierten Streitkultur wie auch außerhalb den von seiner Glaubensgemeinschaft akzeptierten Regeln steht!
- Diese Resolution wird dem Bundesvorstand und dem Parteirat von Bündnis 90/Die Grünen zur Bestätigung vorgelegt.